

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2003



## ..., Gründer sein dagegen sehr

Sie hatte eine Chiffre der Hoffnung werden sollen: die Ich-AG. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder noch glaubte, er könne der anhaltenden Schwäche des Arbeitsmarktes und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen mit den Rezepten der Hartz-Kommission beikommen, da wurde im Kabinett mit hoffnungsfroh stimmenden Prognosen hantiert. Bis zum Jahresende 2003 sollten 300 000 Arbeitslose als Gründer von Ein-Personen-Unternehmen gefördert werden und so die Arbeitslosenstatistik verlassen. Ende April macht die Bundesanstalt für Arbeit eine ernüchternde Zwischenbilanz auf: Viel mehr als 16 000 Gründer einer Ich-AG kann sie nicht zählen.

Wie man sich so verschätzen kann? Das ist die Folge gutgemeinten Wunschdenkens. Es hätte den Mitgliedern der Hartz-Kommission, aber auch dem Bundeskanzler, klar sein müssen, dass der Versuch, Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen, kaum mit dem Sprung in die Selbständigkeit gelingen würde. Es ist nicht jeder eine Unternehmernatur. Die aber muss man haben, wenn man eine „AG“ führen will – und zwar auch dann, wenn sie sehr klein ist.

Mittlerweile hat sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eine realistischere Sicht der Dinge zu Eigen gemacht. Sie verschließt nicht mehr die Augen vor der Tatsache, dass mancher Arbeitslose lieber alle Möglichkeiten der sozialen Absicherung ausnutzt, als sich zügig eine neue – und in vielen Fällen niedriger bezahlte – Arbeit zu suchen. Die Sozialdemokraten sehen aber auch, dass man kaum erwarten kann, unter den Arbeitslosen viele Gründer zu finden. Selbst eine hilfreiche Förderung ändert daran nichts. In Abwandlung eines gängigen Verses muss man wohl konstatieren: Gründer werden ist nicht schwer, Gründer sein dagegen sehr. Die meisten Menschen brauchen zur Lebensbewältigung einen wohl funktionierenden Arbeitsmarkt. Der muss daher Ziel aller Reformbemühungen sein.

Hans D. Barbier

## Die Ich-AG – lieb und teuer?

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) stellt in einer Publikation fest, angehende Existenzgründer „sind an sich nicht die geborenen Unternehmer. Sie gründen oftmals aus der Not heraus Existenzen, die ohne ausgereiftes Gründungskonzept in der Regel wenig Überlebenschancen haben“.

Um Gründern diese Erfahrung zu ersparen, werden die Arbeitsämter aktiv. Sie fordern Unternehmensberater auf, Gründer-Trainingskurse anzubieten. Nutzen sollen die Kurse „Personen, die in der Selbstständigkeit einen möglichen Weg aus der Arbeitslosigkeit sehen, sich aber über ihre Geschäftsidee oder ihre persönliche Eignung im Unklaren sind“.

Für das „Coaching“ bezahlen Arbeitsämter bei rund 30 Schulungsstunden maximal 6 350 €. Zusätzlich erhält der Ich-AG-Gründer im ersten Jahr einen „Existenzgründungszuschuss“ von 7 200 € (vor Abzug der Sozialversicherungsbeiträge). Das Arbeitsamt zahlt also 13 450 €, um einen Arbeitslosen aus der Statistik zu streichen. Im Dezember 2002 hoffte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement noch, bis Jahresende 2003 würden 300 000 Ich-AGs entstehen.

[www.bmwa.de](http://www.bmwa.de)  
[www.arbeitsamt.de](http://www.arbeitsamt.de)

## Jede Woche ein Lotto-Gewinn

Im Jahr 2003 werden schätzungsweise 4,7 Milliarden € aus Glücksspielen in öffentlichen Kassen landen. Allein die Lotteriesteuer wird 1,9 Milliarden € einbringen. Das Aufkommen aus Gewinnablieferungen und anderen Abgaben beträgt voraussichtlich 2,7 Milliarden €: Zahlenlotto und Fußballtoto tragen hierzu 1,8 Milliarden €, die Spielkasinos gut 0,8 Milliarden € bei.

Rund 21 Millionen Deutsche spielen jede Woche Lotto, weitere Millionen zocken an Geldautomaten, wetten auf Pferde oder tippen Fußballergebnisse in der Hoffnung auf das schnelle Geld. Insgesamt erzielt die Glücksspielbranche einen Jahresumsatz von schätzungsweise 28 Milliarden €. Nicht enthalten sind darin die Einsätze, die in Soziallotterien wie „Aktion Mensch“ und andere fließen. Einer, der in keiner Lotterie mitspielt, gewinnt trotzdem Woche für Woche: Der Staat.

### Staatseinnahmen

aus Gewinnabgaben  
in Milliarden €

1999	4,24
2000	4,44
2001	4,54
2002	4,65
2003*	4,70

\* geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Mein Auto ist meine Burg

Das Auto geht einer neuen Zukunft entgegen. Es wird zum „Erlebnismobil, zum Spielzeug auf Rädern, das im Stau und Stehverkehr genauso viel Freude macht wie unterwegs beim Fahren“. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Professor Horst W. Opaschowski auf der Essen-Motor-Show Ende 2002 vorstellte.

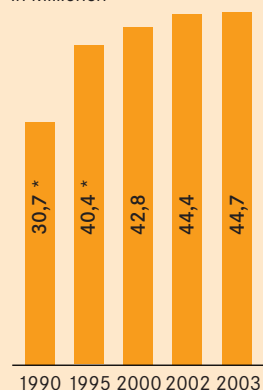
Freizeitforscher Opaschowski ist sicher, dass Autofahrer demnächst wegen der Zunahme von Staus deutlich länger in ihren Fahrzeugen anzutreffen seien. Deshalb müsse die „Aufenthaltsqualität“ in den Autos durch Multimedia-Ausstattung wie Laptop, Fax, TV, Spielekonsolen etc. stark verbessert werden. Künftig werde der Autokäufer durch solches Zubehör sein Bedürfnis nach Abgrenzung und Individualisierung ausleben: Das Automobil werde zum „Egomobil“.

Ob die Verbraucher wirklich eine Zweitwohnung auf Rädern wollen, die im Stau steht?

[ems.messe-essen.de/\\_download/\\_presse/021111\\_de\\_opaschowski.pdf](http://ems.messe-essen.de/_download/_presse/021111_de_opaschowski.pdf)

### PKW-Bestand

in Millionen



\* Juli, alle Übrigen jeweils Januar  
Quelle: Kraftfahrtbundesamt

## Ordnungspolitik statt Interventionismus

Ludwig Erhards Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption ist aus der aktuellen Politik verschwunden. Zwar bekennen sich viele zu seiner Sozialen Marktwirtschaft. Im wirtschaftspolitischen Alltag herrscht aber die Überzeugung vor, den Reformstau mit ein paar disparaten Eingriffen auflösen zu können. Das wird nicht gelingen, denn nötig ist eine umfassende Systemkorrektur.

Ludwig Erhard wollte den Staat aus dem Wirtschaftsalltag heraushalten. Der Staat sollte lediglich Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln setzen, damit jeder aus eigener Kraft für sich sorgen kann. Niemand sollte vom Markt ausgeschlossen werden. Darauf, meinte Erhard, müsse der Staat besonders achten.

Für Erhard bestand die Wirtschaftsverfassung der Sozialen Marktwirtschaft aus strengen Wettbewerbsgesetzen, aus Gesetzen, die dem Handeln der notwendigen staatlichen Instanzen – z.B. Bundesämter, Bundesbank, Wirtschaftskammern – und Interessengruppen Grenzen setzen, sowie aus Gerichten, die die Wirtschaftsfreiheit des Einzelnen garantieren und dauerhaft sichern.

Auf der sozialen Seite der Marktwirtschaft war für Erhard vorrangig, soziale Sicherheit für alle zu schaffen: soziale Sicherheit für Eigentümer durch Schutz des Eigentums und soziale Sicherheit für die, die nichts ihr Eigentum nennen können. Wichtig ist dabei, dass möglichst jeder für sich selber sorgen kann und nicht auf Kosten anderer leben muss. Für Erhard hieß „sozial“ nicht, Marktwirtschaft mit möglichst viel Sozialpolitik zu verbinden. Nach seiner Vorstellung sollte die Rahmen-

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren. Ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Ludwig Erhard 1955

ordnung so gestaltet sein, dass sie zugleich eine soziale Funktion erfüllt: die direkte Teilhabe aller am wirtschaftlichen Fortschritt, ohne Umwege über staatliche Umverteilungskassen – „Wohlstand für alle“ eben.

### Wirtschaftspolitik ohne Erhard

Die Wirtschaftspolitik entspricht dem Erhardschen Denken schon lange nicht mehr. Entgegen Erhards Absicht ist im einstigen „Wirtschaftswunderland“ der Staat fast allgegenwärtig. Das zeigt sich in der politischen Praxis unserer Tage an den Zielen der Wirtschaftspolitik: Abbau der Arbeitslosigkeit. Stoppen der Staatsverschuldung. Ausgeglicherer Staatshaushalt. Senkung der Lohnnebenkosten. Sicherung der Sozialversicherungen. Dauerhaft stabile wirtschaftliche Verhältnisse. All das soll durch die Politik „gestaltet“ werden.

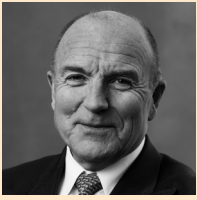
Aber fast täglich wird offenbar, dass diese Ziele eher Fiktion denn Realität sind. Es

gibt schon über Jahre hinweg rund vier Millionen Arbeitslose. Die Staatsschulden wachsen und wachsen; sie betragen mittlerweile fast 1 250 Milliarden €. Die Sozialversicherungsbeiträge – derzeit gut 42 Prozent des Bruttoeinkommens – werden weiter steigen. Trotzdem fehlt dem Staat Geld an allen Ecken und Enden. Und die hektischen Reaktionen auf veränderte konjunkturelle Entwicklungen widerlegen die Absicht, verlässliche Wirtschaftspolitik betreiben zu wollen.

Die Unterschiede zwischen Soll und Haben resultieren aus dem Versuch, wirtschaftliche Prosperität administrativ, bürokratisch, durch Gesetze und Verordnungen herbeizuführen. Die verantwortlichen Politiker tun viel, aber nicht das Richtige. Richtig wäre, die Prinzipien zu beleben, die einst Erhards Ordnungspolitik auszeichneten: eine Wirtschaftspolitik, die – konsequent und überzeugend – aus jedermann anschaulichen Leitsätzen heraus gestaltet wurde.

### Höhere Steuern, steigende Beiträge, neue Gesetze

Die aktuelle Politik geht in die entgegengesetzte Richtung. Sie tut das seit längerem, denn die Missachtung ordnungspolitischer Prinzipien beschränkt sich keineswegs auf die aktuelle Regie-



„Mut zur Veränderung muss auch bedeuten, sich mit den mächtigen Gruppen der Gesellschaft anzulegen.“

Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall

rungskoalition. Allerdings war die Wirtschaftspolitik selten so aktionistisch wie derzeit. Ein paar Momentaufnahmen aus den aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten innerhalb der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen verdeutlichen das.

■ Steuererhöhungen sollen im kommenden Jahr helfen, Defizite auszugleichen. Fehlendes Geld im Gesundheitssystem soll beispielsweise durch höhere Tabaksteuern beschafft werden. Einige Bundestagsabgeordnete fordern bereits Nachbesserungen: Sollte das Tabaksteueraufkommen nicht reichen – nicht nur Rauchen, auch Trinken gefährde die Gesundheit. Weitere Fehlbeträge könnten außerdem mit einer höheren Mehrwertsteuer ausgeglichen werden. Wie auch immer entschieden wird. In jedem Fall greift der Staat erneut tiefer in die Portemonnaies seiner Bürger.

■ Die Krankenversicherung soll fit für die Zukunft werden. Auf lange Sicht will Ulla Schmidt, Bundesministe-

rin für Gesundheit und Soziales, deshalb eine allgemeine „Bürgerversicherung“ schaffen. Die Tage der privaten Krankenversicherungen wären gezählt, denn Berufseinsteiger sollen nicht mehr zwischen gesetzlicher oder privater Kasse wählen dürfen. Die Konsequenz der staatlichen Vorgabe: Mehr Bürokratie, weniger Wettbewerb.

■ Wie angespannt die finanzielle Situation der Rentenversicherung schon wieder ist, zeigt sich dieser Tage ebenfalls aufs Neue: Der Verband der Rentenversicherungsträger prognostiziert die nächste Beitragserhöhung für Anfang 2004 – trotz Beitragsanhebung um 0,4 Prozent zu Beginn des Jahres 2003. Der Glaube an die staatliche Rundumversorgung, von Erhard schon 1957 als „moderner Wahn“ kritisiert, entpuppt sich endgültig als Illusion.

■ „Es ist nicht nur die konjunkturelle Schwäche, sondern es sind auch gravierende strukturelle Probleme, die zu den heutigen Zahlen geführt haben“, mit diesen Worten kommentierte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement Arbeitsmarktzahlen für April 2003. An Einsicht und gutem Willen fehlt es dem Minister und seinen Kollegen nicht. Aber welche Konsequenz zieht die Politik? Die Bundesregierung will ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 100 000 Langzeitarbeitslose auflegen. Massenarbeitslosigkeit soll mit einem staatlichen Programm für einen Bruchteil der Arbeitslosen bekämpft werden – obwohl im letzten Jahr 22 Milliarden € für „arbeitsmarktpolitische In-

strumente“ ohne spürbaren Erfolg ausgegeben wurden.

■ Dass es der Staat richten kann, das hofft die Politik auch in Bezug auf das im September 2003 beginnende Ausbildungsjahr. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn schlägt vor, Tausende fehlende Lehrstellen mit einer Ausbildungsplatzabgabe zu erzwingen. Sie hat ihrer Partei (SPD) Mitte Mai 2003 ein entsprechendes Modell vorgelegt: Unternehmen, die nicht genügend Lehrlinge ausbilden, sollen freiwillig in einen Fonds einzahlen, der von den Industrie- und Handelskammern verwaltet wird.

Erzielt das Konzept nicht den erhofften Erfolg, sollen Unternehmen per Gesetz zur Kasse gebeten werden. Ob freiwillig oder per Gesetz: In jedem Fall wachsen Abgabenbelastung und bürokratischer Aufwand.

### Der Irrglaube an die Macht des Staates

Die wenigen Beispiele zeigen: Statt auf Eigenverantwortung, Wettbewerb und auf Revitalisierung der Märkte zu setzen, reagiert die Politik nach wie vor mit regulierenden Einzelmaßnahmen. Das kränkelnde System soll mit Notoperationen über die nächsten Wochen gerettet werden. In Wirklichkeit werden die Probleme nur in die Zukunft geschoben.

Dabei zieht der Staat immer mehr Kompetenzen an sich und wird zugleich Opfer seiner Interventionen: Die aktuelle Steuerschätzung hat offenbart, dass Bund, Ländern und Gemeinden in den kommenden Jahren Einnahmen

„Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Ludwig Erhard 1974

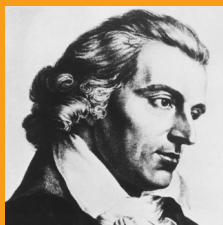
im dreistelligen Milliardenbereich fehlen werden.

Die Folgen der andauernden und gravierenden Fehlentwicklungen sind mittlerweile weithin spürbar. Die Unternehmer halten sich mit Investitionen zurück, weil sie nicht wissen, was auf sie zukommt. Die Verbraucher kaufen weniger, weil sie ihr Geld angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit lieber sparen. Dadurch erhält die Wirtschaft den nächsten Dämpfer, denn ohne Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern werden in den Unternehmen Kapazitäten abgebaut und Arbeitskräfte entlassen – ein Teufelskreis.

Aus der Sicht Erhards gibt es nur einen Weg aus diesem Dilemma. Wir brauchen eine grundsätzliche Revision der Wirtschaftspolitik, eine Neubestimmung dessen, was der Staat kann und was nicht. Für eine Politik im Sinne Erhards würde das bedeuten: Der Staat hält sich aus der Wirtschaft heraus und versucht nicht, weiterhin Dinge zu regeln, die er erwiesenermaßen nicht zufriedenstellend regeln kann.

„Die Aufgabe, Selbständigkeit im weitesten Sinne zu schaffen, kann in einer freien Gesellschaft nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben. Untauglich ist auch das Prinzip, vorhandene Positionen durch Interventionen sichern zu wollen, die einen echten Leistungswettbewerb nur verfälschen oder gar unterbinden.“

Ludwig Erhard 1960



„Stets ist die Sprache kecker als die Tat.“  
Friedrich Schiller (aus: Wallenstein, I. Szene, 3. Auftritt)

## IM KLARTEXT

Mai 2003

### SM Index



### Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2003

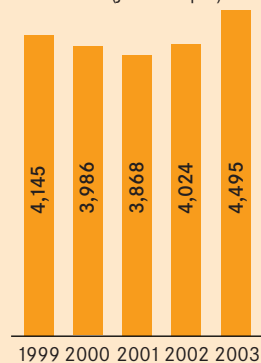
Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) benötigt in diesem Jahr einen Bundeszuschuss in Höhe von schätzungsweise 10 Milliarden €. Das sind rund 5 Milliarden € mehr als im vergangenen Jahr. Florian Gerster, der Vorstandsvorsitzende der BA, wollte in diesem Jahr ursprünglich ohne Zuschuss auskommen. Er musste aber feststellen, dass die Hartz-Gesetze, mit denen die Bundesregierung den Arbeitsmarkt reformiert hat, nicht so wirken, wie erhofft.

### Arbeitslose

in Millionen (jeweils April)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

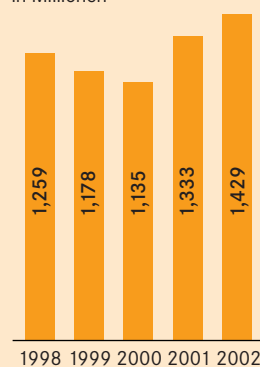
Wegen der lahmen Konjunktur lag die Zahl der Arbeitslosen im April 2003 nur knapp unter der Marke von 4,5 Millionen – der höchste April-Stand seit der Wiedervereinigung. Ob mit dem ungeplanten, milliardenhohen Zuschuss mehr Arbeitsplätze entstehen werden? In jedem Fall reißt er ein weiteres Milliardenloch in den mittlerweile unsicheren Bundeshaushalt von Finanzminister Hans Eichel.

### Geldwertstabilität

Nach Ermittlungen der Wirtschaftsauskunftei Bürgel stieg 2002 die Zahl „gerichtlicher Zwangsmaßnahmen“ gegen säumige Schuldner um 7,2 Prozent auf rund 1,43 Millionen Fälle. Die Auskunftei zählte Eidesstattliche Versicherungen (früher: Offenbarungseid), Haftanordnungen, gerichtliche Mahnverfahren und private Insolvenzen, um diese Zahl zu ermitteln. Ursachen der nachlassenden Zahlungsmoral sind neben Arbeitslosigkeit vor allem Zahlungsverpflichtungen, die im New-Economy-Boom der Jah-

### Zwangsmassnahmen

gegen private Schuldner  
in Millionen



Quelle: Bürgel Wirtschaftsdienst

re 1999 und 2000 eingegangen wurden.

Mangelnde Zahlungsmoral schadet in vielerlei Hinsicht: Unbezahlte Rechnungen werfen die Kalkulation der betroffenen Unternehmen über den Haufen, und die Einnahmeausfälle können zur Unternehmenspleite führen. Damit wiederum gehen Arbeitsplätze und Kaufkraft verloren.

### Eigenverantwortung

Seit Januar 2003 können Arbeitslose so genannte Ich-AGs gründen. Für maximal drei

Jahre werden an Gründer Zuschüsse gezahlt, die sich jeweils nach Ablauf eines Jahres reduzieren. Bedingung für die staatliche Förderung: Der Existenzgründer darf keinen Arbeitnehmer beschäftigen und maximal 25 000 € pro Jahr verdienen. Die Ausnahme: Bei mitarbeitenden Familienangehörigen kann die Ich-AG zur Familien-AG erweitert werden. Bis Ende April haben bundesweit 16 094 Menschen den Sprung in die Selbständigkeit gewagt. Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit maximal 50 000 Ich-AGs – angesichts von Wirtschaftskrise und Pleiterekorden eine mutige Annahme.

### Ich-AGs

geförderte Existenzgründer

Januar	-
Februar	1 633
März	5 725
April	8 736
<b>Gesamt 2003</b>	<b>16 094</b>

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa, IG Metall  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*himmler*